

Rheininger Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 30

Erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit Austr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 11. März.

Insertionsgebühr: die viergespaltene Petitzeile 12 Pfg., für anderwärts 20 Pfg.; Reklame 50 Pfg.; bei mehrmaliger Eindrückung entsprechender Rabatt. Druck u. Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Bekanntmachungen.

Ausgabe von Brennstoffen an das Kleinergewerbe.

Am nächsten Montag und Dienstag, den 11. und 12. ds. Mts., können **Kleinergewerbetreibende** bei der Firma J. F. Goebel je 5 Zentner **Haushaltskohlen** erhalten. Die früher angegebenen „Bezugscheine für Gewerbe“ sind dorthin vorzulegen. Neue Bezugscheine werden nach Maßgabe des Vorrates im Stadtbauamt ausgestellt.

Gleichzeitig müssen die noch rückständigen Marken 1 bis einschl. 4 der Kreiskohlenkarte eingelöst werden, da sie andernfalls verfallen.

Ueber die Austeilung von Kohlen auf die weiteren Marken der Kreiskohlenkarte erfolgt besondere Bekanntmachung.

Rüdesheim, den 9. März 1918.

Städtische Kohlenstelle.

Diejenigen Haushaltungen, welche **Carbid** wünschen, werden ersucht dieses schriftlich auf Zimmer Nr. 4. des Rathhauses bis zum 15. ds. Mts. anzumelden. Auf den Haushalt entfällt nicht mehr als 3 Kilogramm.

Rüdesheim, den 9. März 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Diejenigen, welche eine Beihilfe zur Ausstattung von Kindern, welche zur Kommunion in diesem Frühjahr gehen oder konfirmiert werden, erbitten haben, wollen sich zur Empfangnahme der Gabe am Dienstag, den 12. oder Mittwoch, den 13. März cr. vormittags 10—12 Uhr auf dem Geschäftszimmer der Bahnhofsstraße 11 beim Unterzeichneten melden.

Rüdesheim, den 9. März 1918.

Die städtische Kriegsfürsorge Kommission.

Rubale: Vorsitzender.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 8. März (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Durchsührung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merkem 30 Belgier, nordöstlich von Jettubert 25 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Sturmabteilungen brachten bei einem Vorstoß östlich von La Neuville, südlich Herry-au-Vac, eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtsintensität auf Störungsebene beschränkt, das sich auf dem westlichen Maasufer vorübergehend steigerte. An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Seille und Blaine rege Tätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Großes Hauptquartier, 9. März (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Neue beiderseitige Erkundungstätigkeit führte östlich von Merkem, am Southouster Wald, nordwestlich von Ghelvel und auf dem Nordufer der Yse zu heftigen Infanteriegefechten. Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. Vielfach auflebender Feuerkampf, der sich am Abend besonders an der flandrischen Front und nördlich von der Scarpe verstärkte. An der Front der Seeres-

gruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht lebte die Gefechtsintensität nur in wenigen Abschnitten auf.

Zur Vergeltung von feindlichen Bombenabwürfen auf die offenen Städte Trier, Mannheim und Pirmasens am 19. und 20. Februar haben unsere Flugzeuge in der Nacht vom 8. zum 9. Paris erneut mit Bomben angegriffen und große Wirkung erzielt.

Osten.

Bandenkämpfe nördlich und südlich von Birzula an der Bahn Schmerinka-Deffa. Die Banden wurden zersprengt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Großes Hauptquartier, 10. März (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Die englischen Erkundungsvorstöße dauerten an; stärkere Abteilungen brachen südlich von Monchy vor. Bei ihrer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach auflebender Feuerkampf. Nördlich von Heims drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte Gefechtsintensität beiderseits von Ornes. Nordwestlich und westlich von Blamont am Abend rege Feuerintensität der Franzosen. Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung griffen starke feindliche Abteilungen am Nachmittag zwischen Ancerville und Vadenwiller an und drangen teilweise in unsere vorderen Gräben ein. Vor unseren Gegenstößen zog sich der Feind in seine Ausgangsstellungen zurück. Württembergische Sturmtruppen, nassauische Landwehr und Flammenwerfer nahmen bei einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich von Marfisch 1 Offizier und 36 Mann gefangen. In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche Flugzeuge und ein Hesselballon abgeschossen. Jagdstaffel Böcke brachte ihren 200. Gegner zum Absturz.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Ereignisse zur See.

Berlin, 8. März. Neue U-Booterfolge im Sperrgebiet um England: 18 500 Brl. Von den versenkten Schiffen wurden zwei tief beladene Dampfer im Hermellkanal aus einem großen, hartgefeierten Geleitzug herausgeschossen.

Berlin, 9. März. (H. T. B. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Spieh, hat unseren Gegnern durch Vernichtung von 35 000 Brl. Reg.-To. Schiffsraums schweren Schaden zugefügt. In glänzender durchgeführter Angriffsaktion wurden in der Einfahrt zur Irischen See unter erheblicher Gegenwirkung ein schwer beladener amerikanischer Frachtdampfer von etwa 10 000 Brl. Reg.-To., ein Tankdampfer von etwa 5000 Brl. Reg.-To. und aus einem hart gefeierten Geleitzug das Schlachtschiff von etwa 3000 Brl. Reg.-To. abgeschossen. Am Abend des 1. März torpedierte das Boot den von mehreren Zerstörern begleiteten englischen Hilfskreuzer „Galgarian“ von 1750 Brl. Reg.-To. Da der Hilfskreuzer nicht sofort sank und von Bewachungsschiffen ins Schlepptau genommen wurde, griff es ihn ungeschützt von allen Seiten zur Vergeltung des wertvollen Schiffes herbeieilenden Zerstörer und Bewachungsfahrzeuge erneut an und versenkte ihn durch einen zweiten Torpedo.

Berlin, 9. März. (H. T. B. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz fügten unsere U-Boote dem Gegner einen Verlust von 20 500 Brl. Reg.-To. Handelschiffsraum zu. Die Erfolge wurden größtenteils an der Westküste Frankreichs und am Westausgang des Hermellkanals erzielt.

Berlin, 9. März. (H. T. B.) Ein Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros berichtet: Anlässlich der neuesten Rede des Lords der Admiralsität im englischen Unterhause nahm ich Gelegenheit, mich zu äußern mit dem Kommandanten des Hilfs-

kreuzers „Wolf“ zu unterhalten. Fregattenkapitän Kerger machte mir hierbei u. a. folgende interessante Mitteilungen, die eine vorzügliche Antwort auf die Ausführungen der englischen Regierung sind, daß die Wirkung des U-Bootkrieges nachlasse:

„Als ich im Dezember 1916 die Ausreise antrat, fand ich in den englischen Gewässern und im Atlantischen Ozean noch einen regen Schiffsverkehr vor. Wie völlig verändert war indessen das Bild auf der Rückreise! Im südlichen Atlantischen Ozean wurden nur noch vereinzelt Schiffe angetroffen; besonders auffallend aber war die Verkehrsstille im südlichen und mittleren Teile des Nordatlantischen Ozeans. Selbst auf den großen Dampferwegen nach den Vereinigten Staaten war der Verkehr wesentlich geringer geworden. Die Wirkungen des U-Bootkrieges hätten mir nicht eindrucksvoller vor Augen geführt werden können. Die Seeverkehrsabnahme wuchs mit dem Abstände von den englischen Inseln. Die fernen Ozeane, insbesondere die pazifischen Gebiete, sind buchstäblich vereinsamt. Schon im April 1917 sahen sich die Engländer und Franzosen, wie ich aus verschiedenen Quellen feststellen konnte, infolge des großen Schiffsraummangels gezwungen, ihre Schiffe aus den entlegeneren Gewässern, z. B. den australischen, nach der Heimat heranzuziehen. So mußte der Schiffsverkehr zwischen Australien und Neuseeland eine so erhebliche Einschränkung erfahren, daß es selbst nicht möglich war, den notwendigen Austausch von Waren, hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkten, zwischen diesen Ländern zu bewerkstelligen. Die Schifffahrt zwischen Australien und Südamerika hat so gut wie ganz aufgehört.“

Wie ich aus der Pressenpost, ferner aus Zeitungen, die ich in großer Menge auf den aufgebrachtten Schiffen fand und mitgebracht habe, und schließlich aus den Aussagen zahlreicher Gefangener feststellen konnte, herrschte unter der Bevölkerung Neuseelands und Australiens im allgemeinen eine starke Mißstimmung sowohl gegen die Regierungen dieser Länder wie gegen das Mutterland. Aus vielen Äußerungen war auf Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen und Kriegsmüdigkeit zu schließen. Auch traf man nicht selten auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zum Kriege überhaupt. Er wurde als ein Unternehmen englisch-großkapitalistischer Kreise bezeichnet, das von diesen in der Hoffnung auf erheblichen Gewinn eingeleitet worden sei. Man habe den Krieg vom Zaune gebrochen. Starke Mißstimmung herrschte über die besonders ausgedehnte Heranziehung der australischen Bevölkerung zum Seeresbienst, die als eine ungleichmäßige und ungerechte Belastung und eine Benachteiligung gegenüber dem Mutterlande bezeichnet wurde. In Australien hat sich Japan wirtschaftlich erheblich ausgedehnt und den englischen Handel fast ganz verdrängt. Hier hat sich die Hoffnung Englands auf eine Eroberung der deutschen Märkte und einen erheblichen Gewinn für die eigenen Handelsbeziehungen zweifellos nicht erfüllt. Die Ausbreitung und das Vordringen Japans, erregen in Australien, dessen Staatenzusammenschluß vorwiegend auf die Furcht vor japanischer Machtausdehnung zurückzuführen ist, größte Besorgnis, da man glaubt, daß das erhebliche Anwachsen der wirtschaftlichen und damit auch die politische Macht Japans keine zeitlich vorübergehende Erscheinung sei, sondern auch nach dem Kriege fortbestehen werde. Die Stimmung der Jnder gegen die Engländer ist durchweg gereizt und erreicht häufig den Grad offener Feindschaft. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den indischen Kronländern ist nur unter Anwendung von Gewalt möglich. Der tiefste Eindruck, den ich empfinde, ist aber zweifellos der vom Niedergang des englischen Seehandels und damit der Grundlage der englischen Wirtschaftsmacht. Wer heute bei unseren Gegnern noch von der Wirkungslosigkeit des U-Bootkrieges zu sprechen wagt, tut dies unter bewußter Entstellung der Tatsachen, für die es keinen eindrucksvolleren und klareren Beweis geben kann als die zunehmende Vereinsamung der Meere.“

und jetzt, wo die Truppen vorhanden seien, fehle es an Schiffsraum, um eine große Truppenmacht nach dem Osten zu bringen. Die Kriegsoperationen in Palästina seien keineswegs nur ein moralischer Erfolg; denn die Interessen des britischen Reiches seien nicht auf Europa begrenzt. England sei eine große östliche Macht, und man müsse sich klar machen, was geschehen wäre, wenn man nach Aufgabe der Dardanellen-Expedition auch Mesopotamien im Stiche gelassen hätte, nachdem man vergebliche Anstrengungen gemacht habe, Gaza zu erreichen. Solange das britische Reich nicht vollständig geschlagen sei, sei es ganz natürlich, daß es nicht aufgeben werde. Hinsichtlich der Zahl der Truppen, die nötig seien, um Ägypten vor einem Angriff zu schützen, sei die Gesamtzahl der für Mesopotamien und Palästina verlangten Truppen. Bonar Law gibt zu, daß die Lage des Heeres um Salonik unbedeutend sei. Das sei eine Folge des Zusammenbruchs Russlands. Niemals habe man erwarten können, daß diese Truppen sich lediglich auf die Verteidigung beschränken müßten. Die Saloniker Truppen bestehen aus Franzosen, Italienern, Griechen, Serben und Engländern. Ihre Lage könne noch ernster werden als sie schon sei, denn es sei vollkommen richtig, daß die Zentralmächte in der Lage seien, der Salonik-Armee eine starke Truppenmacht entgegenzusetzen, und daß dann diese Armee vielleicht einer gewaltigen Truppenmacht widerstehen müßten. Das sei eine Gefahr. Man müsse sich aber vor Augen halten, was ohne die Salonik-Expedition geschehen wäre. Dann läge König Konstantin noch auf dem griechischen Thron, ganz Griechenland würde von den Deutschen geleitet werden und die griechischen Baten würden den feindlichen U-Booten eine Basis bieten. Die Unterseebootfrage sei an und für sich schon äußerst bedenklich geworden. Die U-Boote wären dann nicht mehr zu bekämpfen gewesen und es wäre unmöglich gewesen, die Verbindung mit dem Osten aufrecht zu erhalten. Bonar Law wandte sich dann der militärischen Lage an der Westfront zu. Für diese Front sei der Zusammenbruch Russlands ein schrecklicher Schlag gewesen. Trotzdem sei Deutschland dem Frieden, den es erstrebe, noch um keinen Schritt näher gekommen. Die Vorgänge in Russland verbesserten die Lage unserer Feinde außerordentlich, aber es ist doch kaum anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Russland explodieren kann. Die Mengen von Rohstoffmitteln, die Russland in diesem Jahre produzieren wird, genügen noch nicht einmal zur Ernährung der russischen Bevölkerung, und ein Hundert-Millionen-Pfund, das so mitleidslos niedergeworfen wurde, behält stets seine feindselige Stimmung. In den letzten Monaten sind dreißig deutsche Divisionen nach der Westfront gebracht worden, trotz aller Zusicherungen, die Deutschland in West-Potomst gegeben hat. Bonar Law, der eine Division nicht mehr zu 16000 Mann, sondern zu 10000 Mann rechnete, zog den Schluss, daß die Entente nicht nur bei den Mannschaften, sondern auch bei der Artillerie an der Westfront über ein leichtes Übergewicht verfügt. Er erwiderte, man wisse nicht, wie viele Divisionen noch aus Russland nach dem Westen gebracht würden, aber diese Truppen seien von geringer Qualität. Es sei auch möglich, daß Österreich an die Westfront gebracht würden. Nehme man aber die Front der Alliierten vom Kanal bis zum Adriatischen Meer als ein Ganzes, so bliebe der Vorteil zugunsten der Entente. Auch über die Artillerie macht sich Bonar Law keine Sorgen, da die Wirkung der Artillerie durch die Munitionsverträge und durch die Organisierung der Flieger bestimmt werde und vor allen Dingen durch die Qualität des Personals. Hier rühmte Bonar Law selbstverständlich die überlegene Energie der englischen Flieger. Ein Mitglied der Regierung sei bei den Truppen in Frankreich gewesen, und namentlich bei den Offizieren der niederen Rangstufen habe er festgestellt, daß man nicht mehr an die deutsche Offensive glaube. Ueber die Wirkung der Luftangriffe auf deutsches Gebiet sei in der bayerischen Zweiten Kammer das Nötige gesagt worden. Wegen Ende des zweiten Vierteljahres 1918 werde der Neubau von Schiffen die Verluste mehr als ausgleichen. Wenn jetzt ein vorübergehender Gleichgewichtszustand entstanden sei, so müsse man daran denken, daß die Lage sich von Woche zu Woche zum Vorteil der Alliierten bessere durch das Eingreifen Amerikas. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Alliierten, wenn sie durchhielten, die Ziele erreichen würden, die sie sich bei Beginn des Krieges gesetzt hätten. Diese Ziele könnten in dem einen Satz zusammengefaßt werden: Vernichtung des deutschen Militarismus. Wenn der Krieg beendet würde, bevor dieses Ziel erreicht sei und bevor das deutsche Volk gelernt habe, daß der Krieg sich nicht lohne, dann bedeute der Friede eine Niederlage für die Alliierten. Das Gerücht über die Absichten Hertlings in seiner Rede sei einfach lächerlich. Was nütze alles Gerüchte über die Annahme der Prinzipien Wilsons, wenn gleichzeitig Deutschland Livland, Estland und Aurland nehme und Rumänien durch den Frieden zwingt,

nicht nur die Dobrudscha, sondern auch andere Teile Rumäniens aufzugeben. Einer der Verbündeten habe dieser Tage Bonar Law erklärt, der Kriegsgott in England erlahme. Bonar Law glaubt das nicht. Selbstverständlich sei es wahr, daß das Land kriegsmüde sei. Im Grunde seines Herzens wisse aber jeder Engländer, was eine Niederlage in diesem Krieg für die Geschichte der englischen Nation, für das britische Reich und für die Welt bedeuten würde. Wenn man heute unter dem englischen Volk abstimmen würde über die Frage: Seid Ihr bereit oder nicht bereit, den Krieg fortzusetzen, bis die Ziele erreicht sind, so würden die Feinde über das Resultat einer solchen Abstimmung ebenso erstaunt sein wie die Verbündeten.

W. T. B. Brüssel, 8. März. Generalgouverneur von Flandern empfing die Bevollmächtigten des Rates von Flandern und nahm die Mitteilung von der Neubildung des Rates entgegen. Seine Excellenz erwiderte hierauf mit folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, die Sie mir soeben über das Ergebnis der Neuwahlen zum Rat von Flandern gemacht haben und beglückwünsche Sie zu Ihrem Erfolg. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen folgendes zu sagen: Den viel beachteten Beschluß des Rates von Flandern vom 22. Dezember 1917 faßte ich dahin auf, daß Sie erneut den unerschütterlichen Willen bekundeten, das flämische Volk von dem Drude der Verwelschung zu befreien. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung kann ich Ihnen versichern, daß der Reichskanzler und ich nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 stehen, der seinerzeit Ihrer Abordnung versicherte, das Deutsche Reich würde bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Volkes zu fördern und sicherzustellen. In Verfolg der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 wurde die Verwaltungstrennung durchgeführt, um mit klaren politischen Zielen dem flämischen Volke zur Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner unvollkommenen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kriege in Belgien um die flämische Sache befehlt war, darf es nicht wieder werden. Darum müssen der Aufrichtung eines freien, von weltlichem Druck befreiten Vlaanderen, dem alten Ziele der großflämischen Bewegung, auch weiterhin alle Bestrebungen gewidmet sein. Der warmen Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flandern seine Selbstständigkeit nach dem Kriege gesichert werden sollen, schon jetzt zu bestimmen, wäre verfrüht. Das muß den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Selbstständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch die Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk muß erkennen, daß es ist oder nie sich ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlage für jene Selbstständigkeit zu schaffen, auf die es den unverjährbaren Anspruch hat. Ihre Aufgabe, meine Herren, in den nächsten Monaten wird darin bestehen, das flämische Volk, einerlei, ob einzelne einer besonderen politischen Richtung angehören oder nicht, auf diese große Entscheidung vorzubereiten, die ihm der Friedensschluß bringen soll.“

Berlin, 8. März. (W. B.) Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Disziplin der schwedischen Roten Kreuzes für die deutschen Gefangenen in Russland hat der Deutsche Kaiser folgendes Danktelegramm an den König von Schweden gerichtet: „Graf Mirbach, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg gesandt hatte, hat mir über die außerordentliche Hingabe und Aufopferung berichtet, mit der von den Organen Deiner Regierung für das Wohl unserer in Russland schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen gearbeitet wird. Namentlich konnte er nicht rühmend genug die Tätigkeit Deines Gefandten Generals Brandström und dessen heldenhafte Tochter hervorheben. Ich bin tief gerührt durch die Beweise edler menschlicher und selbstloser Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, Dir, Deiner Regierung und allen, die in dem Werke der Gefangenenfürsorge in Russland tätig sind, meinen tiefen Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben.“

Der König von Schweden sandte darauf folgendes Antworttelegramm an den Deutschen Kaiser: „Von ganzem Herzen Dank für Dein überaus lebenswürdiges Telegramm mit so günstigen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugung, daß meine Schweden etwas zur Linderung der Leiden beitragen konnten.“

Politische Rundschau.

Wb Berlin, 8 März. Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat Reichskanzler Graf v. Hertling auf eine Anfrage der Abgeordneten Erzberger und Trimborn geantwortet:

Durch die allerhöchste Dekrete vom 1. Januar 1917 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr segensreich gewirkt. Am Neujahrstage 1918 haben seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu strenger Selbstdisziplin in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt worden. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Armeebefehl, der dem Offizierskorps den Zweikampf untersagt, würde den erwünschten Erfolg nicht haben, solange nicht andere, ausreichende Garantien für den Schutz ihrer Ehre geschaffen sind.

Wb Berlin, 9. März. In der fortgesetzten Aussprache des Hauptausschusses des Reichstages über die Heereslieferungen beantragten noch die Nationalliberalen die Schaffung einer Zentralprüfstelle für Kriegslieferungen, mit der Aufgabe, die anderen Prüfstellen zu überwachen. Damit war die Aussprache beendet. Die Abstimmung über die Antäge wird in der nächsten Sitzung am 13. März erfolgen. Der Vorsitzende verlas noch ein Telegramm der rumänischen zionistischen Organisation, worin um eine entsprechende Regelung der staatsrechtlichen Lage der Juden in dem Friedensvertrag mit Rumänien gebeten wird. Das Telegramm wurde dem Auswärtigen Amt übermittelt.

Wb Wien, 10. März. Kaiserin Zita ist heute vormittag um 10 Uhr 40. Min. von einem Prinzen entbunden. Wöchnerin und Kind befinden sich wohl.

Bermischte Nachrichten.

* Müdesheim, 11. März. Die Sommerzeit 1918 beginnt in diesem Jahre am 15. April vormittags 2 Uhr und endet am 16. September vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen, am 16. September vormittags 3 auf 2 Uhr zurückzustellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich 1916 und 1917 vollaus bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungs zwecke nötigen Kohlenstoffen erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben worden, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnen und enden soll.

* Müdesheim, 11. März. In letzter Zeit ist mehrfach beobachtet worden, daß sich auf den größeren Bahnhöfen Personen herumtreiben, die sich an die aus dem Felde kommenden Urlauber herandrängen und sich ihnen zur Versorgung von Paketen anbieten, um diese meist Lebensmitteln enthaltenen Sendungen dann zu unterschlagen und zu ihrem Nutzen zu verwenden. Wenn Urlauber sich vor Schaden bewahren wollen, dürfen sie niemals Pakete an Unbekannte, auch wenn sie Beamtenähnliche Kleidung oder Beamtenabzeichen tragen, zur Versorgung ausbändigen, sondern müssen die Sendungen immer selbst bei den amtlichen Annahme- oder Aufbewahrungsstellen abgeben.

* Müdesheim, 11. März. (Keine Beschlagnahme der Männerkleidung.) Aus Berlin berichtet das W. B.: Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Rauenthal, 9. März. Der Rauenthaler Winger Verein hat aus Anlaß des guten Ausfalles seiner kürzlich abgehaltenen Weinversteigerung der Gemeinde Rauenthal den Betrag von 8000 Mark überwiesen. Die Zinsen dieser Stiftung sollen in erster Linie solchen Wingervereins-Familien zu Rauenthal zugute kommen, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Wiesbaden, 9. März. Der Wiesbadener Kriminalpolizei fielen drei Personen in die Hände, ein Defektor namens Paul Leist und ein Handlungsgehilfe Friedrich Bohne aus Düsseldorf, welche in Gesellschaft eines Frauenzimmers vor etwa 15 Tagen nach hier gekommen und nacheinander in einem hiesigen Seidengeschäft für 22 000 Mark Stoffe und in einem Zigarrengeschäft für 2500 Mark Zigarren und Zigaretten gestohlen hatten. Die gestohlenen Waren sind teils hier, teils in Düsseldorf wieder vorgefunden worden.

und jetzt, wo die Truppen vorhanden seien, fehle es an Schiffsraum, um eine große Truppenmacht nach dem Osten zu bringen. Die Kriegsoperationen in Palästina seien keineswegs nur ein moralischer Erfolg; denn die Interessen des britischen Reiches seien nicht auf Europa begrenzt. England sei eine große östliche Macht, und man müsse sich klar machen, was geschehen wäre, wenn man nach Aufgabe der Dardanellen-Expedition auch Mesopotamien im Stiche gelassen hätte, nachdem man vergebliche Anstrengungen gemacht habe, Gaza zu erreichen. Solange das britische Reich nicht vollständig geschlagen sei, sei es ganz natürlich, daß es schlagen nicht geräumt werde. Mitscherin habe gesagt, daß die Zahl der Truppen, die nötig seien, um Ägypten vor einem Angriff zu schützen, viel größer sei als die Gesamtzahl der für Mesopotamien und Palästina verlangten Truppen. Bonar Law gibt zu, daß die Lage des Heeres um Salonik unbedeutend sei. Das sei eine Folge des Zusammenbruchs Russlands. Niemals habe man erwarten können, daß diese Truppen sich lediglich auf die Verteidigung beschränken müßten. Die Saloniker Truppen bestehen aus Franzosen, Italienern, Griechen, Serben und Engländern. Ihre Lage könne noch ernster werden als sie schon sei, denn es sei vollkommen richtig, daß die Zentralmächte in der Lage seien, der Salonik-Armee eine starke Truppenmacht entgegenzusetzen, und daß dann diese Armee vielleicht einer gewaltigen Truppenmacht widerstehen müßten. Das sei eine Gefahr. Man müsse sich aber vor Augen halten, was ohne die Salonik-Expedition geschehen wäre. Dann läge König Konstantin noch auf dem griechischen Thron, ganz Griechenland würde von den Deutschen geleitet werden und die griechischen Baten würden den feindlichen U-Booten eine Basis bieten. Die Unterseebootfrage sei an und für sich schon äußerst bedenklich geworden. Die U-Boote wären dann nicht mehr zu bekämpfen gewesen und es wäre unmöglich gewesen, die Verbindung mit dem Osten aufrecht zu erhalten. Bonar Law wandte sich dann der militärischen Lage an der Westfront zu. Für diese Front sei der Zusammenbruch Russlands ein schrecklicher Schlag gewesen. Trotzdem sei Deutschland dem Frieden, den es erstrebe, noch um keinen Schritt näher gekommen. Die Vorgänge in Russland verbesserten die Lage unserer Feinde außerordentlich, aber es ist doch kaum anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Russland explodieren kann. Die Mengen von Rohstoffmitteln, die Russland in diesem Jahre produzieren wird, genügen noch nicht einmal zur Ernährung der russischen Bevölkerung, und ein Hundert-Millionen-Volk, das so mitleidslos niedergeworfen wurde, behält stets seine feindselige Stimmung. In den letzten Monaten sind dreißig deutsche Divisionen nach der Westfront gebracht worden, trotz aller Zusicherungen, die Deutschland in West-Potomst gegeben hat. Bonar Law, der eine Division nicht mehr zu 16000 Mann, sondern zu 10000 Mann rechnete, zog den Schluss, daß die Entente nicht nur bei den Mannschaften, sondern auch bei der Artillerie an der Westfront über ein leichtes Übergewicht verfügt. Er erwiderte, man wisse nicht, wie viele Divisionen noch aus Russland nach dem Westen gebracht würden, aber diese Truppen seien von geringer Qualität. Es sei auch möglich, daß Österreich an die Westfront gebracht würden. Nehme man aber die Front der Alliierten vom Kanal bis zum Adriatischen Meer als ein Ganzes, so bliebe der Vorteil zugunsten der Entente. Auch über die Artillerie macht sich Bonar Law keine Sorgen, da die Wirkung der Artillerie durch die Munitionsverträge und durch die Organisierung der Flieger bestimmt werde und vor allen Dingen durch die Qualität des Personals. Hier rühmte Bonar Law selbstverständlich die überlegene Energie der englischen Flieger. Ein Mitglied der Regierung sei bei den Truppen in Frankreich gewesen, und namentlich bei den Offizieren der niederen Rangstufen habe er festgestellt, daß man nicht mehr an die deutsche Offensive glaube. Ueber die Wirkung der Luftangriffe auf deutsches Gebiet sei in der bayerischen Zweiten Kammer das Nötige gesagt worden. Wegen Ende des zweiten Vierteljahres 1918 werde der Neubau von Schiffen die Verluste mehr als ausgleichen. Wenn jetzt ein vorübergehender Gleichgewichtszustand entstanden sei, so müsse man daran denken, daß die Lage sich von Woche zu Woche zum Vorteil der Alliierten bessere durch das Eingreifen Amerikas. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Alliierten, wenn sie durchhielten, die Ziele erreichen würden, die sie sich bei Beginn des Krieges gesetzt hätten. Diese Ziele könnten in dem einen Satz zusammengefaßt werden: Vernichtung des deutschen Militarismus. Wenn der Krieg beendet würde, bevor dieses Ziel erreicht sei und bevor das deutsche Volk gelernt habe, daß der Krieg sich nicht lohne, dann bedeute der Friede eine Niederlage für die Alliierten. Das Gerücht über die Absichten Hertlings in seiner Rede sei einfach lächerlich. Was nütze alles Gerüchte über die Annahme der Prinzipien Wilsons, wenn gleichzeitig Deutschland Livland, Estland und Aurland nehme und Rumänien durch den Frieden zwingt,

nicht nur die Dobrudscha, sondern auch andere Teile Rumäniens aufzugeben. Einer der Verbündeten habe dieser Tage Bonar Law erklärt, der Kriegsgott in England erlahme. Bonar Law glaubt das nicht. Selbstverständlich sei es wahr, daß das Land kriegsmüde sei. Im Grunde seines Herzens wisse aber jeder Engländer, was eine Niederlage in diesem Krieg für die Geschichte der englischen Nation, für das britische Reich und für die Welt bedeuten würde. Wenn man heute unter dem englischen Volk abstimmen würde über die Frage: Seid Ihr bereit oder nicht bereit, den Krieg fortzusetzen, bis die Ziele erreicht sind, so würden die Feinde über das Resultat einer solchen Abstimmung ebenso erstaunt sein wie die Verbündeten.

W. T. B. Brüssel, 8. März. Generalgouverneur von Flandern empfing die Bevollmächtigten des Rates von Flandern und nahm die Mitteilung von der Neubildung des Rates entgegen. Seine Excellenz erwiderte hierauf mit folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, die Sie mir soeben über das Ergebnis der Neuwahlen zum Rat von Flandern gemacht haben und beglückwünsche Sie zu Ihrem Erfolg. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen folgendes zu sagen: Den viel beachteten Beschluß des Rates von Flandern vom 22. Dezember 1917 faßte ich dahin auf, daß Sie erneut den unerschütterlichen Willen bekundeten, das flämische Volk von dem Drude der Verwelschung zu befreien. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung kann ich Ihnen versichern, daß der Reichskanzler und ich nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 stehen, der seinerzeit Ihrer Abordnung versicherte, das Deutsche Reich würde bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Volkes zu fördern und sicherzustellen. In Verfolg der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 wurde die Verwaltungstrennung durchgeführt, um mit klaren politischen Zielen dem flämischen Volke zur Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner unvollkommenen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kriege in Belgien um die flämische Sache bestritten war, darf es nicht wieder werden. Darum müssen der Aufrichtung eines freien, von weltlichem Druck befreiten Vlaanderen, dem alten Ziele der großflämischen Bewegung, auch weiterhin alle Bestrebungen gewidmet sein. Der warmen Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flandern seine Selbstständigkeit nach dem Kriege gesichert werden sollen, schon jetzt zu bestimmen, wäre verfrüht. Das muß den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Selbstständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch die Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk muß erkennen, daß es ist oder nie sich ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlage für jene Selbstständigkeit zu schaffen, auf die es den unverjährbaren Anspruch hat. Ihre Aufgabe, meine Herren, in den nächsten Monaten wird darin bestehen, das flämische Volk, einerlei, ob einzelne einer besonderen politischen Richtung angehören oder nicht, auf diese große Entscheidung vorzubereiten, die ihm der Friedensschluß bringen soll.“

Berlin, 8. März. (W. B.) Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Disziplin der schwedischen Roten Kreuzes für die deutschen Gefangenen in Russland hat der Deutsche Kaiser folgendes Danktelegramm an den König von Schweden gerichtet: „Graf Mirbach, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg gesandt hatte, hat mir über die außerordentliche Hingabe und Aufopferung berichtet, mit der von den Organen Deiner Regierung für das Wohl unserer in Russland schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen gearbeitet wird. Namentlich konnte er nicht rühmend genug die Tätigkeit Deines Gesandten Generals Brandström und dessen heldenhafte Tochter hervorheben. Ich bin tief gerührt durch die Beweise edler menschlicher und selbstloser Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, Dir, Deiner Regierung und allen, die in dem Werke der Gefangenenfürsorge in Russland tätig sind, meinen tiefen Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben.“

Der König von Schweden sandte darauf folgendes Antworttelegramm an den Deutschen Kaiser: „Von ganzem Herzen Dank für Dein überaus lebenswürdiges Telegramm mit so günstigen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugung, daß meine Schweden etwas zur Linderung der Leiden beitragen konnten.“

Gustaf.

Politische Rundschau.

Wb Berlin, 8 März. Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat Reichskanzler Graf v. Hertling auf eine Anfrage der Abgeordneten Erzberger und Trimborn geantwortet:

Durch die allerhöchste Dekrete vom 1. Januar 1917 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr segensreich gewirkt. Am Neujahrstage 1918 haben seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu strenger Selbstdisziplin in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt worden. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Armeebefehl, der dem Offizierskorps den Zweikampf untersagt, würde den erwünschten Erfolg nicht haben, solange nicht andere, ausreichende Garantien für den Schutz ihrer Ehre geschaffen sind.

Wb Berlin, 9. März. In der fortgesetzten Aussprache des Hauptausschusses des Reichstages über die Heereslieferungen beantragten noch die Nationalliberalen die Schaffung einer Zentralprüfstelle für Kriegslieferungen, mit der Aufgabe, die anderen Prüfstellen zu überwachen. Damit war die Aussprache beendet. Die Abstimmung über die Antäge wird in der nächsten Sitzung am 13. März erfolgen. Der Vorsitzende verlas noch ein Telegramm der rumänischen zionistischen Organisation, worin um eine entsprechende Regelung der staatsrechtlichen Lage der Juden in dem Friedensvertrag mit Rumänien gebeten wird. Das Telegramm wurde dem Auswärtigen Amt übermittelt.

Wb Wien, 10. März. Kaiserin Zita ist heute vormittag um 10 Uhr 40. Min. von einem Prinzen entbunden. Wöchnerin und Kind befinden sich wohl.

Bermischte Nachrichten.

* Müdesheim, 11. März. Die Sommerzeit 1918 beginnt in diesem Jahre am 15. April vormittags 2 Uhr und endet am 16. September vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen, am 16. September vormittags 3 auf 2 Uhr zurückzustellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich 1916 und 1917 vollaus bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungs zwecke nötigen Kohlenstoffen erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben worden, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnen und enden soll.

* Müdesheim, 11. März. In letzter Zeit ist mehrfach beobachtet worden, daß sich auf den größeren Bahnhöfen Personen herumtreiben, die sich an die aus dem Felde kommenden Urlauber herandrängen und sich ihnen zur Versorgung von Paketen anbieten, um diese meist Lebensmitteln enthaltenen Sendungen dann zu unterschlagen und zu ihrem Nutzen zu verwenden. Wenn Urlauber sich vor Schaden bewahren wollen, dürfen sie niemals Pakete an Unbekannte, auch wenn sie Beamtenähnliche Kleidung oder Beamtenabzeichen tragen, zur Versorgung ausbändigen, sondern müssen die Sendungen immer selbst bei den amtlichen Annahme- oder Aufbewahrungsstellen abgeben.

* Müdesheim, 11. März. (Keine Beschlagnahme der Männerkleidung.) Aus Berlin berichtet das W. B.: Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Rauenthal, 9. März. Der Rauenthaler Winger Verein hat aus Anlaß des guten Ausfalles seiner kürzlich abgehaltenen Weinversteigerung der Gemeinde Rauenthal den Betrag von 8000 Mark überwiesen. Die Zinsen dieser Stiftung sollen in erster Linie solchen Wingervereins-Familien zu Rauenthal zugute kommen, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Wiesbaden, 9. März. Der Wiesbadener Kriminalpolizei fielen drei Personen in die Hände, ein Deferteur namens Paul Leist und ein Handlungsgehilfe Friedrich Bohne aus Düsseldorf, welche in Gesellschaft eines Frauenzimmers vor etwa 15 Tagen nach hier gekommen und nacheinanderweise in einem hiesigen Seidengeschäft für 22 000 Mark Stoffe und in einem Zigarrengeschäft für 2500 Mark Zigarren und Zigaretten gestohlen hatten. Die gestohlenen Waren sind teils hier, teils in Düsseldorf wieder vorgefunden worden.

und jetzt, wo die Truppen vorhanden seien, fehle es an Schiffsraum, um eine große Truppenmacht nach dem Osten zu bringen. Die Kriegsoperationen in Palästina seien keineswegs nur ein moralischer Erfolg; denn die Interessen des britischen Reiches seien nicht auf Europa begrenzt. England sei eine große östliche Macht, und man müsse sich klar machen, was geschehen wäre, wenn man nach Aufgabe der Dardanellen-Expedition auch Mesopotamien im Stiche gelassen hätte, nachdem man vergebliche Anstrengungen gemacht habe, Gaza zu erreichen. Solange das britische Reich nicht vollständig geschlagen sei, sei es ganz natürlich, daß es schlagen nicht geräumt werde. Mitscherin habe gesagt, daß die Zahl der Truppen, die nötig seien, um Ägypten vor einem Angriff zu schützen, viel größer sei als die Gesamtzahl der für Mesopotamien und Palästina verlangten Truppen. Bonar Law gibt zu, daß die Lage des Heeres um Salonik unbedeutend sei. Das sei eine Folge des Zusammenbruchs Russlands. Niemals habe man erwarten können, daß diese Truppen sich lediglich auf die Verteidigung beschränken müßten. Die Saloniker Truppen bestehen aus Franzosen, Italienern, Griechen, Serben und Engländern. Ihre Lage könne noch ernster werden als sie schon sei, denn es sei vollkommen richtig, daß die Zentralmächte in der Lage seien, der Salonik-Armee eine starke Truppenmacht entgegenzusetzen, und daß dann diese Armee vielleicht einer gewaltigen Truppenmacht widerstehen müßten. Das sei eine Gefahr. Man müsse sich aber vor Augen halten, was ohne die Salonik-Expedition geschehen wäre. Dann sähe König Konstantin noch auf dem griechischen Thron, ganz Griechenland würde von den Deutschen geleitet werden und die griechischen Baten würden den feindlichen U-Booten eine Basis bieten. Die Unterseebootfrage sei an und für sich schon äußerst bedenklich geworden. Die U-Boote wären dann nicht mehr zu bekämpfen gewesen und es wäre unmöglich gewesen, die Verbindung mit dem Osten aufrecht zu erhalten. Bonar Law wandte sich dann der militärischen Lage an der Westfront zu. Für diese Front sei der Zusammenbruch Russlands ein schrecklicher Schlag gewesen. Trotzdem sei Deutschland dem Frieden, den es erstrebe, noch um keinen Schritt näher gekommen. Die Vorgänge in Russland verbesserten die Lage unserer Feinde außerordentlich, aber es ist doch kaum anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Russland explodieren kann. Die Mengen von Rohstoffmitteln, die Russland in diesem Jahre produzieren wird, genügen noch nicht einmal zur Ernährung der russischen Bevölkerung, und ein Hundert-Millionen-Volk, das so mitleidslos niedergeworfen wurde, behält stets seine feindselige Stimmung. In den letzten Monaten sind dreißig deutsche Divisionen nach der Westfront gebracht worden, trotz aller Zusicherungen, die Deutschland in West-Potomst gegeben hat. Bonar Law, der eine Division nicht mehr zu 16000 Mann, sondern zu 10000 Mann rechnete, zog den Schluss, daß die Entente nicht nur bei den Mannschaften, sondern auch bei der Artillerie an der Westfront über ein leichtes Übergewicht verfügt. Er erwiderte, man wisse nicht, wie viele Divisionen noch aus Russland nach dem Westen gebracht würden, aber diese Truppen seien von geringer Qualität. Es sei auch möglich, daß Österreich an die Westfront gebracht würden. Nehme man aber die Front der Alliierten vom Kanal bis zum Adriatischen Meer als ein Ganzes, so bliebe der Vorteil zugunsten der Entente. Auch über die Artillerie macht sich Bonar Law keine Sorgen, da die Wirkung der Artillerie durch die Munitionsverträge und durch die Organisierung der Flieger bestimmt werde und vor allen Dingen durch die Qualität des Personals. Hier rühmte Bonar Law selbstverständlich die überlegene Energie der englischen Flieger. Ein Mitglied der Regierung sei bei den Truppen in Frankreich gewesen, und namentlich bei den Offizieren der niederen Rangstufen habe er festgestellt, daß man nicht mehr an die deutsche Offensive glaube. Ueber die Wirkung der Luftangriffe auf deutsches Gebiet sei in der bayerischen Zweiten Kammer das Nötige gesagt worden. Wegen Ende des zweiten Vierteljahres 1918 werde der Neubau von Schiffen die Verluste mehr als ausgleichen. Wenn jetzt ein vorübergehender Gleichgewichtszustand entstanden sei, so müsse man daran denken, daß die Lage sich von Woche zu Woche zum Vorteil der Alliierten bessere durch das Eingreifen Amerikas. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Alliierten, wenn sie durchhielten, die Ziele erreichen würden, die sie sich bei Beginn des Krieges gesetzt hätten. Diese Ziele könnten in dem einen Satz zusammengefaßt werden: Vernichtung des deutschen Militarismus. Wenn der Krieg beendet würde, bevor dieses Ziel erreicht sei und bevor das deutsche Volk gelernt habe, daß der Krieg sich nicht lohne, dann bedeute der Friede eine Niederlage für die Alliierten. Das Gerücht über die Absichten Hertlings in seiner Rede sei einfach lächerlich. Was nütze alles Gerüchte über die Annahme der Prinzipien Wilsons, wenn gleichzeitig Deutschland Livland, Estland und Aurland nehme und Rumänien durch den Frieden zwingt,

nicht nur die Dobrudscha, sondern auch andere Teile Rumäniens aufzugeben. Einer der Verbündeten habe dieser Tage Bonar Law erklärt, der Kriegsgott in England erlahme. Bonar Law glaubt das nicht. Selbstverständlich sei es wahr, daß das Land kriegsmüde sei. Im Grunde seines Herzens wisse aber jeder Engländer, was eine Niederlage in diesem Krieg für die Geschichte der englischen Nation, für das britische Reich und für die Welt bedeuten würde. Wenn man heute unter dem englischen Volk abstimmen würde über die Frage: Seid Ihr bereit oder nicht bereit, den Krieg fortzusetzen, bis die Ziele erreicht sind, so würden die Feinde über das Resultat einer solchen Abstimmung ebenso erstaunt sein wie die Verbündeten.

W. T. B. Brüssel, 8. März. Generalgouverneur von Flandern empfing die Bevollmächtigten des Rates von Flandern und nahm die Mitteilung von der Neubildung des Rates entgegen. Seine Excellenz erwiderte hierauf mit folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, die Sie mir soeben über das Ergebnis der Neuwahlen zum Rat von Flandern gemacht haben und beglückwünsche Sie zu Ihrem Erfolg. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen folgendes zu sagen: Den viel beachteten Beschluß des Rates von Flandern vom 22. Dezember 1917 faßte ich dahin auf, daß Sie erneut den unerschütterlichen Willen bekundeten, das flämische Volk von dem Drude der Verwelschung zu befreien. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung kann ich Ihnen versichern, daß der Reichskanzler und ich nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 stehen, der seinerzeit Ihrer Abordnung versicherte, das Deutsche Reich würde bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Volkes zu fördern und sicherzustellen. In Verfolg der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 wurde die Verwaltungstrennung durchgeführt, um mit klaren politischen Zielen dem flämischen Volke zur Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner unvollkommenen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kriege in Belgien um die flämische Sache befehlt war, darf es nicht wieder werden. Darum müssen der Aufrichtung eines freien, von weltlichem Druck befreiten Vlaanderen, dem alten Ziele der großflämischen Bewegung, auch weiterhin alle Bestrebungen gewidmet sein. Der warmen Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flandern seine Selbstständigkeit nach dem Kriege gesichert werden sollen, schon jetzt zu bestimmen, wäre verfrüht. Das muß den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Selbstständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch die Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk muß erkennen, daß es ist oder nie sich ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlage für jene Selbstständigkeit zu schaffen, auf die es den unverjährbaren Anspruch hat. Ihre Aufgabe, meine Herren, in den nächsten Monaten wird darin bestehen, das flämische Volk, einerlei, ob einzelne einer besonderen politischen Richtung angehören oder nicht, auf diese große Entscheidung vorzubereiten, die ihm der Friedensschluß bringen soll.“

Berlin, 8. März. (W. B.) Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Disziplin der schwedischen Roten Kreuzes für die deutschen Gefangenen in Russland hat der Deutsche Kaiser folgendes Danktelegramm an den König von Schweden gerichtet: „Graf Mirbach, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg gesandt hatte, hat mir über die außerordentliche Hingabe und Aufopferung berichtet, mit der von den Organen Deiner Regierung für das Wohl unserer in Russland schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen gearbeitet wird. Namentlich konnte er nicht rühmend genug die Tätigkeit Deines Gesandten Generals Brandström und dessen heldenhafte Tochter hervorheben. Ich bin tief gerührt durch die Beweise edler menschlicher und selbstloser Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, Dir, Deiner Regierung und allen, die in dem Werke der Gefangenenfürsorge in Russland tätig sind, meinen tiefen Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben.“

Der König von Schweden sandte darauf folgendes Antworttelegramm an den Deutschen Kaiser: „Von ganzem Herzen Dank für Dein überaus lebenswürdiges Telegramm mit so günstigen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugung, daß meine Schweden etwas zur Linderung der Leiden beitragen konnten.“

Gustaf.

Politische Rundschau.

Wb Berlin, 8 März. Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat Reichskanzler Graf v. Hertling auf eine Anfrage der Abgeordneten Erzberger und Trimborn geantwortet:

Durch die allerhöchste Ordre vom 1. Januar 1918 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr segensreich gewirkt. Am Neujahrstage 1918 haben seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu strenger Selbstdisziplin in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt worden. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Armeebefehl, der dem Offizierskorps den Zweikampf untersagt, würde den erwünschten Erfolg nicht haben, solange nicht andere, ausreichende Garantien für den Schutz ihrer Ehre geschaffen sind.

Wb Berlin, 9. März. In der fortgesetzten Aussprache des Hauptausschusses des Reichstages über die Heereslieferungen beantragten noch die Nationalliberalen die Schaffung einer Zentralprüfstelle für Kriegslieferungen, mit der Aufgabe, die anderen Prüfstellen zu überwachen. Damit war die Aussprache beendet. Die Abstimmung über die Antäge wird in der nächsten Sitzung am 13. März erfolgen. Der Vorsitzende verlas noch ein Telegramm der rumänischen zionistischen Organisation, worin um eine entsprechende Regelung der staatsrechtlichen Lage der Juden in dem Friedensvertrag mit Rumänien gebeten wird. Das Telegramm wurde dem Auswärtigen Amt übermittelt.

Wb Wien, 10. März. Kaiserin Zita ist heute vormittag um 10 Uhr 40. Min. von einem Prinzen entbunden. Wöchnerin und Kind befinden sich wohl.

Bermischte Nachrichten.

* Müdesheim, 11. März. Die Sommerzeit 1918 beginnt in diesem Jahre am 15. April vormittags 2 Uhr und endet am 16. September vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen, am 16. September vormittags 3 auf 2 Uhr zurückzustellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich 1916 und 1917 vollaus bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungs- und Heizzwecke nötigen Kohlen erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben worden, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnen und enden soll.

* Müdesheim, 11. März. In letzter Zeit ist mehrfach beobachtet worden, daß sich auf den größeren Bahnhöfen Personen herumtreiben, die sich an die aus dem Felde kommenden Urlauber herandrängen und sich ihnen zur Beforgung von Paketen anbieten, um diese meist Lebensmitteln enthaltenen Sendungen dann zu unterschlagen und zu ihrem Nutzen zu verwenden. Wenn Urlauber sich vor Schaden bewahren wollen, dürfen sie niemals Pakete an Unbekannte, auch wenn sie Beamtenähnlichkeit oder Beamtenabzeichen tragen, zur Beforgung ausbändigen, sondern müssen die Sendungen immer selbst bei den amtlichen Annahme- oder Aufbewahrungsstellen abgeben.

* Müdesheim, 11. März. (Keine Beschlagnahme der Männerkleidung.) Aus Berlin berichtet das W. B.: Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Rauenthal, 9. März. Der Rauenthaler Winger Verein hat aus Anlaß des guten Ausfalles seiner kürzlich abgehaltenen Weinversteigerung der Gemeinde Rauenthal den Betrag von 8000 Mark überwiesen. Die Zinsen dieser Stiftung sollen in erster Linie solchen Wingervereins-Familien zu Rauenthal zugute kommen, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Wiesbaden, 9. März. Der Wiesbadener Kriminalpolizei fielen drei Personen in die Hände, ein Deferteur namens Paul Leist und ein Handlungsgehilfe Friedrich Bohne aus Düsseldorf, welche in Gesellschaft eines Frauenzimmers vor etwa 15 Tagen nach hier gekommen und nacheinanderweise in einem hiesigen Seidengeschäft für 22 000 Mark Stoffe und in einem Zigarrengeschäft für 2500 Mark Zigarren und Zigaretten gestohlen hatten. Die gestohlenen Waren sind teils hier, teils in Düsseldorf wieder vorgefunden worden.

Berlin, 9. März. (B. V.) Archibald Hurd nennt nach den amtlichen Angaben die Tonnage der neuerbauten Schiffe für November mit 130 750 Brl., für Dezember mit 115 753 Brl., für Januar 1918 mit 55 508 Brl. Wie man sieht, schreibt Hurd, nimmt die Erzeugung ab, anstatt sich zu steigern, und das ist der Grabstein aller jener wundervollen Voraussagen im Herbst. Andere Kenner des englischen Schiffbaues behaupten, daß sogar die Jahresleistung von 1,1 Millionen Brl. im Jahre 1917 nur dadurch ermöglicht war, daß zahlreiche Schiffe, die seit Anfang 1914 halbfertig auf Stapel lagen, jetzt erst fertiggestellt wurden.

Madrid, 8. März. (B. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das Kabinett ist zurückgetreten.

Haag, 8. März. Reuter meldet aus London amtlich: Feindliche Bomber kamen gestern Abend kurz nach 11 Uhr über die Dörfer von England und flogen in der Richtung nach London. Der Angriff ist noch im Gange. Ein späteres Telegramm befragt: Der Luftangriff von gestern Abend war der erste in einer Nacht ohne Mondschein. Kurz nachdem Alarm geschlagen worden war, hörte man in London bestiges Kanonendonner, das ungefähr eine Stunde dauerte.

Bukarest, 9. März. (B. V.) Gestern fand auf Schloß Cotroceni eine Vollziehung der Friedenskonferenz unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Delegierten Herrn Tontschew statt. Herr Tontschew gab dem Wunsch Ausdruck, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Delegierte schloß sich diesem Wunsch an. Um diesem allseitigen Begehren Rechnung tragen zu können, schlug Herr Argetoianu vor, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher einzelner Forderungen der verbündeten Mächte schriftlich mitgeteilt werden, damit er diese persönlich seiner Regierung vortragen könne. Entsprechende Mitteilungen sind Herrn Argetoianu gestern gemacht worden. Er wird heute nach Jassy abreisen. Seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet. Inzwischen sind unverbindliche Besprechungen auf technischem Gebiete mit den übrigen vollständig hier zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt worden.

Wien, 9. März. (B. V.) Die „Reichspost“ veröffentlicht eine Unterredung mit den Delegierten der ukrainischen Republik (Professor Ostapenko, Schafurenko und Salisniak), die erklären, daß die in diesen Tagen in Wien abgehaltene Konferenz durch ihren Verlauf und durch die Art des Entgegenkommens der österreichisch-ungarischen Regierung sie in der Zukunft befriedigt habe, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine dauerhaft bleiben wird. Ostapenko erklärte in Widerlegung falscher Zeitungsnachrichten, daß die Einfuhr von Lebensmitteln nach den Ländern der Mittelmächte nicht erst im Mai, sondern noch im Laufe dieses Monats vor sich gehen werde und zwar auf dem Wege amtlicher Austauschstellen, über die bereits ein Einverständnis erzielt worden sei. Die ukrainischen Delegierten, die nach ihrer Versicherung die Reichshauptstadt mit günstigen Eindrücken verlassen, reisten nach Wien ab, um dem Arbeiterausschuß der Rada und dem Ministerrat über ihre Berliner und Wiener Beratungen Bericht zu erstatten.

Berlin, 9. März. (B. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine Verwahrung! Durch Junkspruch ist bei der russischen Regierung dagegen Verwahrung eingelegt worden,

daß die Verschleppung deutscher Flüchtlinge aus Ostland und Ostland fortgesetzt wird, da dies den Abmachungen des Friedensvertrages widerspreche.

Basel, 8. März. Ein Reutertelegramm meldet aus Petersburg: Der Exekutivsausschuß der Petersburger Sowjets genehmigte mit großer Mehrheit den Friedensvertrag und beauftragte seine nach Moskau gehenden Mitglieder, auf dem dortigen Kongreß den Vertrag zu genehmigen. Man glaubt, daß der Vertrag vom Moskauer Sowjet mit großer Mehrheit bewilligt werden wird. Weiter wird laut Reuter gemeldet, daß Krylenko als Oberkommandierender wegen Streitigkeiten mit dem Volkskommissar zurücktritt.

Kopenhagen, 8. März. Aus Gaparanda wird gemeldet, daß Flüchtlinge aus Petersburg in Gefängnis mitteilen, in Rußland herrsche eine sehr erregte Stimmung gegen Trotzki und Lenin, die beschuldigt werden, durch die Herausziehung der Friedensverhandlungen die großen Landverluste Rußlands verschuldet zu haben. Man rechne damit, daß die Bolschewiki auf dem Kongreß in Moskau am 12. März eine große Niederlage erleiden werden. Im Smolny-Institut in Petersburg bestätigt man Lenins bestimmte Voraussicht, daß der Moskauer Kongreß, wenn gleich unter Protest, den Vertrag genehmigen werde.

Wb Petersburg, 9. März. Reutermeldung. Trotzki ist von seinem Posten als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.

Berlin, 9. März. Zum Rücktritt Trotzki schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ unter anderem: Trotzki hat durch sein unehrliches Spiel mit einem Zwischenstück von Krieg und Frieden in leichtfertiger Weise zum zweitenmal das Schicksal in Gestalt des deutschen Heeres gefordert, und zum zweitenmal hat das Schicksal gegen Rußland entschieden.

Berlin, 10. März. (B. V.) Am 5. März hat der Oberbefehlshaber Krylenko einen Junkspruch an den Oberbefehlshaber Ost gerichtet, in dem auf die Bestimmung des Friedensvertrages hingewiesen wird, nach der die Feindseligkeiten an der Front eingestellt werden und in der er ferner anfragt, ob alle Anordnungen getroffen worden sind, daß diese Feindseligkeiten eingestellt werden.

Daraufhin erfolgte am 6. März vom Oberbefehlshaber Ost nachstehende Drahtantwort: „An die russische Oberste Heeresleitung! Die Einstellung der Feindseligkeiten war deutscherseits für den 3. März um 1 Uhr nachmittags befohlen worden. Wenn es trotzdem am 4. März noch zu einzelnen Kämpfen gekommen ist, so wird dies deutscherseits bedauert. Nach den hier vorliegenden Meldungen war die Ursache einerseits der Widerstand, der in Ostland und in der Ukraine dem rechtmäßigen Vormarsch der deutschen Truppen durch russische Truppen an einzelnen Stellen entgegengekehrt wurde. Andererseits haben leider auf großrussischem Gebiet einige Kämpfe mit weniger organisierten Banden stattfinden müssen, die die Feindseligkeiten gegen deutsche Truppen aufnahmen. Es ist der lebhafteste Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß auch diese Kämpfe bald völlig aufhören, und daß andererseits die dazu erforderlichen Anordnungen getroffen werden. Danach erledigen sich die tendenziösen in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten.“

Berlin, 11. März. Der „Berliner Vokal-anzeiger“ schreibt an der Spitze seines Montagsblattes: Die in der Anbahnung begriffene wirtschaftliche Ordnung in Rußland schließt, wie wir hören, auch den großzügigen Plan eines Kanals

vom Baltischen Meer bis zum Schwarzen Meer in sich. Das Projekt lehnt sich an den Boginsk-Kanal an. Seine Ausführung erfordert die Investierung von zwei Milliarden Mark nach dem maßgebenden deutschen Stellen stehen dem unpathisch gegenüber und auch das deutsche Kapital dürfte sich nicht zurückhalten. Die großen die Aufnahme dieses eminent wichtigen Unternehmens in das deutsch-russische Wirtschaftsprogramm. Großrußland und die Randvölker können einen bequemen Weg zum Meere, denn im Norden dürfte der Kanal auch für große Schiffe befahrbar werden. Mit der Erklärung Rigas freihafen dürfte den Interessen dieser Region weiter entgegengekommen werden. Im Falle wird die Ukraine von dem neuen mit allen neuen Einrichtungen versehenen Wasserweg profitieren. Wir glauben auch, daß freundschaftliche Empfindungen bei den Russen zu uns zu rufen werden, wenn wir ihnen den Weg zum Meere eröffnen. Nachdem Deutschland im Osten erlangt, was es braucht, wird es den Nachbarn unterstützen und dabei nicht kleinlich verfahren. Natürlich muß politisches und wirtschaftliches Wohlfühlen der russischen Republik eine Voraussetzung dieses großzügigen Entgegenkommens Deutschlands rechtfertigen.

Der blieb Sieger?

Die Entente beziffert nach ihren eigenen Heeresberichten die Gefangenen- und Beutefänge der Mittelmächte seit 1. Dezember 1917 insgesamt:

9656 Gefangene,
17 Geschütze,
322 Maschinengewehre,
18 Grabenwaffen.

Während des gleichen Zeitraumes konnten die gegen erdrückende Übermacht an Streitkräften Material kämpfenden Mittelmächte einschließlich der letzten im Osten zu Paaren getrieben werden als Gewinn buchen:

120 448 Gefangene,
3 633 Geschütze,
7 193 Maschinengewehre,
36 Grabenwaffen,
128 000 Gewehre.

Außerdem: Viele tausend Fahrzeuge (darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos), mehrere Tausend Schuss Artilleriemunition, 47 Panzer- und Panzerabwehrboote, 22 Flugzeuge (ohne die abgeschossenen), über 800 Lokomotiven und über 10 Eisenbahnwagen, größtenteils mit Proviant, unzählige unermessliche Kriegsgüter, ungezählte Feldgeschütze mit Zubehör und vieles andere. Außerdem waren in den Osten mehrere Korpskommandeure, viele Stäbe von Armeen und Divisionen gefangen.

Bonar Law's Rede.

Haag, 8. März. Reuter meldet aus London: Bonar Law legte dem Unterhause eine Rede über die Lage in Höhe von 600 Millionen vor. Das ist die höchste Kreditforderung, die jemals im Hause eingebracht wurde. Bei Gelegenheit hielt Bonar Law eine längere Rede in der folgendes bemerkenswert ist: Der Verlust von Rußland sei für die Verbündeten ein schwerer Schlag gewesen. Aber Deutschland habe immer noch seine Kolonien verloren, und nur eine Truppe von 2000 Mann, darunter die Deutsche, seien durch Portugiesisch-Ostafrika fliehen. Dem rumänischen Volk, das über einen Frieden gezwungen wurde, spricht die Rede die Sympathien Englands aus. Es ist eine Streitfrage, ob der Kriegsschauplatz in Mesopotamien und Palästina von erster oder zweiter geordneter Bedeutung sei. Aber hierbei es sich nur um Theorien. Als England genügend Schiffsraum zur Verfügung hatte, fügte es nicht über hinreichend geliebte Truppen

Der goldene Käfig.

Roman von Julius Keller.

26] (Nachdruck verboten.)

„Dann sind Sie die Tochter des Mannes, von welchem der Herr Baron oftmals gesprochen, und ich muß Ihnen leider mitteilen, daß in diesem Falle jede Hoffnung Ihrerseits vergebens ist. Sie werden in diesem Hause niemals eine Stellung erhalten.“

„Wie, mein Herr? — und aus welchem Grunde nicht?“

„Weil der Herr Baron eine Tochter Leonhard Sievers niemals in seine Dienste nehmen würde. Das muß Ihnen genügen.“

„Aber ich begreife wirklich nicht, mein Herr —“

„Bestimmteres kann ich Ihnen darüber nicht sagen — was ich Ihnen aber mitteile, ist etwas Bestimmtes. Gehen Sie — und möge ein günstiges Schicksal recht bald Ihre Lage bessern.“

„Sie glauben also wirklich, daß ich gar keine Hoffnung habe?“

„Durchaus keine.“

„Auch nicht, wenn ich selbst persönlich den Herrn Baron bäte?“

Die Diene Voltens wurde streng und abweisend. „Ich habe Ihnen gesagt, daß meine Worte denjenigen des Barons nicht im Geringsten nachstehen.“

„O, mein Herr, bedenken Sie meine Lage!“ rief Martha, „vielleicht beruht Ihre Annahme auf einem Mißverständnis.“

„Sie sind die Tochter des Försters Leonhard Sievers im Eichendorfer Forst und das spricht Ihnen hier das Urteil. Was Ihr Vater getan hat, weiß ich nicht, jedenfalls aber etwas, was den Herrn Baron sowohl wie dessen seligen Großvater aufs Höchste erbittert hat. Sie werden sehr gut tun, Ihrem Vater nicht zu verraten, daß Sie aus irgendwelcher Ursache hier auf dem Schlosse waren, denn sie würden ihn dadurch unbedingt außerordentlich aufregen. Auch ich werde dem Herrn Baron verschweigen, daß Sie hier waren — zu Ihrem und zu Ihres Vaters Besten. Wenn Herr von Wellbach den Namen und Aufenthaltsort des Letzteren erfähre, könnte es leicht zu Ereignissen kommen, welche Ihren Kummer und Schmerz nur noch verstärken würden.“

Hiermit stand Voltens auf, schritt zur Tür und öffnete dieselbe.

„Kommen Sie“, sagte er mit gedämpfter Stimme, „ich werde Sie hinaus geleiten.“

Willig folgte sie ihm — mit gesenktem Haupt.

Laufend wirre Gedanken durchfluteten ihr Hirn — was dieser Mann ihr von dem Vater gesagt, brannte wie Feuer in ihrem Herzen.

Langsam, wie in einem Traume befangen, schritt sie über den Fahrdamm, um durch die Promenadenanlagen, welche sich auf der gegenüberliegenden Seite ausdehnten, ihren Heimweg anzutreten.

Auf der anderen Seite der vornehmstillen Straße angelangt, blieb sie noch einmal stehen. Ihre Blicke wendeten sich unwillkürlich auf das stattliche Gebäude und sie flüsterte vor sich hin:

„Und dem Besitzer dieses schönen Hauses sollte mein Vater, der gute brave Mann, ein Unrecht getan haben, ihm sollte er —“

Sie stockte sie plötzlich — und eine unbeschreibliche Aufregung schien sie zu ergreifen — ein Zustand, der einer an Bahnhöfen streifenden Erregung nicht unähnlich war.

Wie von einer übermächtigen Gewalt angezogen, hasteten ihre Augen auf einem in einen grünen Schimmer gehüllten Parterrezimmer des Schlosses, durch dessen weit geöffnetes, großes Bogenfenster sie fast den ganzen Raum übersehen und so die Gestalt eines Mannes erblicken konnte, der sich über einen Sessel lehndend, starr hinaus in den herandunkelnden Abend blickte, und dessen blaßes Gesicht durch das grünlichweiße, sehr helle Licht der mit solchen Gloden bedeckten Gaskronen einen fast geisterhaften Schimmer erhielt.

Die Pupillen des jungen Weibes erweiterten sich wie bei einem furchtbaren Krampfanfall — die Finger ihrer Hände gruben sich in die Flächen derselben ein und ihre ganze zarte Gestalt durchlief ein konvulsisches Zittern. Fieberhaft wogte ihre Brust — ihr Herz schlug stürmisch und ihre Lippen schienen vor Erregung gelähmt zu sein.

Leichenblässe bedeckte ihr Antlitz, das in der krampfartigen Verzerrung dieses Augenblickes nicht mehr schön zu nennen war.

(Fortsetzung folgt.)

in Sch...
unt sich...
ung erfo...
nach dem...
n dem...
das...
den...
ent w...
andw...
Meere...
große...
dieser...
Im...
allen...
ndnach...
uns...
eg zum...
den...
achbar...
ich ver...
ubliken...
gegen...
hren...
nd...
ber 19...
s konn...
Ereiter...
te ein...
n getri...
uge (da...
hre...
nzer...
ne die...
nd über...
rovant...
schred...
deit...
rdem...
re, vie...
efang...
de...
aus...
edit...
nen...
derung...
Bei...
längere...
Der...
Verh...
Deutsch...
werf...
darum...
Ostafri...
f, das...
Es...
n Me...
r oder...
ngland...
g hatt...
ote Tr...
Haus...
ein...
ne un...
greifen...
abw...
r...
ft an...
in...
terro...
weit...
st den...
Gestalt...
h über...
n den...
desse...
sehr...
bedeck...
immer...
reitert...
fall...
in die...
garte...
ern...
Ger...
en vor...
was in...
Augen...

nicht nur die Dobrubtscha, sondern auch andere Teile Rumäniens aufzugeben. Einer der Verbündeten habe dieser Tage Bonar Law erklärt, der Kriegsgott in England erlahme. Bonar Law glaubt das nicht. Selbstverständlich sei es wahr, daß das Land kriegsmüde sei. Im Grunde seines Herzens wisse aber jeder Engländer, was eine Niederlage in diesem Krieg für die Geschichte der englischen Nation, für das britische Reich und für die Welt bedeuten würde. Wenn man heute unter dem englischen Volk abstimmen würde über die Frage: Seid Ihr bereit oder nicht bereit, den Krieg fortzusetzen, bis die Ziele erreicht sind, so würden die Feinde über das Resultat einer solchen Abstimmung ebenso erstaunt sein wie die Verbündeten.

28. F. B. Brüssel, 8. März. Generalgouverneur von Flandern empfing die Bevollmächtigten des Rates von Flandern und nahm die Mitteilung von der Neubildung des Rates entgegen. Seine Excellenz erwiderte hierauf mit folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung, die Sie mir soeben über das Ergebnis der Neuwahlen zum Rat von Flandern gemacht haben und beglückwünsche Sie zu Ihrem Erfolg. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen folgendes zu sagen: Den viel beachteten Beschluß des Rates von Flandern vom 22. Dezember 1917 sah ich darin auf, daß Sie erneut den unerschütterlichen Willen bekundeten, das flämische Volk von dem Druke der Verwelschung zu befreien. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung kann ich Ihnen versichern, daß der Reichskanzler und ich nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 stehen, der seinerzeit Ihrer Abordnung versicherte, das Deutsche Reich würde bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Volkes zu fördern und sicherzustellen. In Verfolg der Erklärung des Reichskanzlers vom 3. März 1917 wurde die Verwaltungstrennung durchgeführt, um mit klaren politischen Zielen dem flämischen Volke zur Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner ruhmvollen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kriege in Belgien um die flämische Sache bestellt war, darf es nicht wieder werden. Darum müssen der Aufrichtung eines freien, von welchem Druck befreiten Flandern, dem alten Ziele der großflämischen Bewegung, auch weiterhin alle Bestrebungen gewidmet sein. Der warmen Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flandern seine Selbstständigkeit nach dem Kriege gesichert werden sollen, schon fest zu bestimmen, wäre verfrüht. Das muß den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Selbstständigkeit grundlegend zu beeinflussen, wird vor allen Dingen auch die Sache des flämischen Volkes selbst sein. Flanderns Volk muß erkennen, daß es ist oder nie sich ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlage für jene Selbstständigkeit zu schaffen, auf die es den unverfälschten Anspruch hat. Ihre Aufgabe, meine Herren, in den nächsten Monaten wird darin bestehen, das flämische Volk, einerlei, ob einzelne einer besonderen politischen Richtung angehören oder nicht, auf diese große Entscheidung vorzubereiten, die ihm der Friedensschluß bringen soll.“

Berlin, 8. März. (B. V.) Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Diszipliniertheit des schwedischen Roten Kreuzes für die deutschen Gefangenen in Rußland hat der Deutsche Kaiser folgendes Danktelegramm an den König von Schweden gerichtet: „Graf Mirebach, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg gesandt hatte, hat mir über die außerordentliche Hingabe und Aufopferung berichtet, mit der von den Organen Deiner Regierung für das Wohl unserer in Rußland schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen gearbeitet wird. Namentlich konnte er nicht rühmend genug die Tätigkeit Deines Gesandten General Brändström und dessen heldenhafte Tochter hervorheben. Ich bin tief gerührt durch die Beweise edler menschenfreundlicher Gesinnung, von denen diese unermüdete und selbstlose Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, Dir, Deiner Regierung und allen, die in dem Werke der Gefangenenfürsorge in Rußland tätig sind, meinen tiefen Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben.“

Der König von Schweden sandte darauf folgendes Antworttelegramm an den Deutschen Kaiser: „Von ganzem Herzen Dank für Dein überaus liebenswürdiges Telegramm mit so günstigen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugung, daß meine Schweden etwas zur Vinderung der Leiden beitragen konnten.“

Gustaf.

Politische Rundschau.

wb Berlin, 8. März. Wie die „Kreuztg.“ mitteilt, hat Reichskanzler Graf v. Hertling auf eine Anfrage der Abgeordneten Erzberger und Trimborn geantwortet:

Durch die allerhöchste Ordre vom 1. Januar 1917 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr segensreich gewirkt. Am Neujahrstage 1913 haben seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu strenger Selbstsucht in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt worden. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Armeebefehl, der dem Offizierskorps den Zweikampf untersagt, würde den erwünschten Erfolg nicht haben, solange nicht andere, ausreichende Garantien für den Schutz ihrer Ehre geschaffen sind.

wb Berlin, 9. März. In der fortgesetzten Aussprache des Hauptausschusses des Reichstages über die Heereslieferungen beantragten noch die Nationalliberalen die Schaffung einer Zentralprüfstelle für Kriegslieferungen, mit der Aufgabe, die anderen Prüfungsstellen zu überwachen. Damit war die Aussprache beendet. Die Abstimmung über die Anträge wird in der nächsten Sitzung am 13. März erfolgen. Der Vorsitzende verlas noch ein Telegramm der rumänischen zionistischen Organisation, worin um eine entsprechende Regelung der staatsrechtlichen Lage der Juden in dem Friedensvertrag mit Rumänien gebeten wird. Das Telegramm wurde dem Auswärtigen Amt übermittelt.

wb Wien, 10. März. Kaiserin Zita ist heute vormittag um 10 Uhr 40. Min. von einem Prinzen entbunden. Wöchnerin und Kind befinden sich wohl.

Bermischte Nachrichten.

* Radesheim, 11. März. Die Sommerzeit 1918 beginnt in diesem Jahre am 15. April vormittags 2 Uhr und endet am 16. September vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen, am 16. September vormittags 3 auf 2 Uhr zurückzustellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich 1916 und 1917 vollaus bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungszwecke nötigen Kohlenstoffen erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben worden, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnen und enden soll.

* Radesheim, 11. März. In letzter Zeit ist mehrfach beobachtet worden, daß sich auf den größeren Bahnhöfen Personen herumtreiben, die sich an die aus dem Felde kommenden Urlauber herandrängen und sich ihnen zur Beforgung von Paketen anbieten, um diese meist Lebensmitteln enthaltenen Sendungen dann zu unterschlagen und zu ihrem Nutzen zu verwenden. Wenn Urlauber sich vor Schaden bewahren wollen, dürfen sie niemals Pakete an Unbekannte, auch wenn sie Beamtenähnlichkeit oder Beamtenabzeichen tragen, zur Beforgung aushändigen, sondern müssen die Sendungen immer selbst bei den amtlichen Annahme- oder Aufbewahrungsstellen abgeben.

* Radesheim, 11. März. (Keine Beschlagnahme der Männerkleidung.) Aus Berlin berichtet das B. V.: Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbeschlagnahme beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Rauenthal, 9. März. Der Rauenthaler Winzerverein hat aus Anlaß des guten Ausfalles seiner kürzlich abgehaltenen Weinversteigerung der Gemeinde Rauenthal den Betrag von 8000 Mark überwiesen. Die Zinsen dieser Stiftung sollen in erster Linie solchen Winzervereinsfamilien zu Rauenthal zugute kommen, die durch den Krieg in Mittellosigkeit gezogen wurden.

Wiesbaden, 9. März. Der Wiesbadener Kriminalpolizei fielen drei Personen in die Hände, ein Defektor namens Paul Leist und ein Handlungsgehilfe Friedrich Bohne aus Düsseldorf, welche in Gesellschaft eines Frauenzimmers vor etwa 15 Tagen nach hier gekommen und nacheinander in einem hiesigen Seidengeschäft für 22 000 Mark Stoffe und in einem Zigarrengeschäft für 2500 Mark Zigarren und Zigaretten gestohlen hatten. Die gestohlenen Waren sind teils hier, teils in Düsseldorf wieder vorgefunden worden.

— **Nieder-Jungelheim, 9. März.** Hier ist gegen einen Geschäftsmann von der Staatsanwaltschaft Mainz ein Untersuchungsverfahren wegen gewerbmäßiger Geheimniskläherei eingeleitet worden. In den Fall sollen zahlreiche Landwirte der Nachbarorte verwickelt sein.

Mainz, 11. März. Samstag nachmittag gegen 1 1/2 Uhr griffen etwa neun feindliche Flieger die Stadt Mainz und Umgebung von großer Höhe aus (zirka 4000 Meter) an. Durch Abwurf von etwa 16 Bomben wurden in verschiedenen Stadtteilen acht Personen (darunter drei Militärpersonen, vier Frauen, ein Kind) getötet, einige wenige verletzt. Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet, im übrigen beschränkt sich der Sachschaden auf Beschädigung mehrerer Gebäulichkeiten, an denen insonderheit viele Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Aus Rheinhessen, 9. März. Die in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen Rheinhessens abgehaltenen Weinversteigerungen zeigen durchweg ein erneutes Anziehen der Preise. So wurden beispielsweise bei einer größeren Weinversteigerung in Süntruperblum 500—600 Mk. mehr für das Stück Weißwein des 17er Jahrganges erzielt, als vor wenigen Wochen geboten wurden. Das Stück stellt sich meist auf 5000—6000 Mk. und darüber für Weine mittlerer Lagen. In einem Falle wurden dortselbst 6 Stück zu je 5000—7000 Mk. verkauft. In Schwabenheim verkaufte der Winerverein eine größere Partie 1917er Weine zu 5300 Mk. per Stück und in Oppenheim wurden 20 Stück zu 7500 Mk. per Stück abgesetzt. Dabei wird beobachtet, daß die Weinbesitzer mit dem Verkauf trotz dieser enormen Preise noch zurückhalten, weil man allgemein von

der angekündigten weiteren Einschränkung der Biererzeugung eine noch größere Nachfrage nach Weinen erwartet.

Aus Hessen. In einem rheinhess. Bauernhofe versuchten zwei Gendarmen zur Nachkontrolle der bei der Viehzählung angegebenen Fühnerzahl die Fühner durch Streuen von Gerstenkörnern herbeizulocken. Der Besitzer ließ die Beamten gewähren, hielt ihnen aber vor, daß das Füttern der Fühner mit Getreidekörnern bei Strafe verboten sei und daß er deshalb gegen die Gendarmen Strafanzeige erheben werde.

— **Flörsheim, 8. März.** Im Eisenbahnzug bestohlen wurde auf der Fahrt von hier nach Mainz-Kastel eine Frau von hier, die mit einer anderen Frau aus Flörsheim zusammenfuhr. Bei ihrer Ankunft in Kastel merkte sie, daß ihr Portemonnaie mit 50 Mark und einigen Wertpapieren verschwunden war. Ihr Verdacht lenkte sich sofort auf ihre nach Wiesbaden fahrende Landsmännin. Sie telephonierte umgehend an die Wiesbadener Bahnhofskommandantur. Diese nahm bei Ankunft des Zuges eine Untersuchung der beschriebenen Frau vor und fand auch richtig das Geld und die Wertpapiere.

— **Zweibrücken, 9. März.** 2470 Liter Schnaps beschlagnahmt wurden auf dem Bahnhof Contwig durch die hiesige Gendarmerie in mehreren Fässern. Derselbe war in den Dörfern der Umgebung zu 11 Mark per Liter auf gekauft worden.

— **Stuttgart, 9. März.** Zur Vermeidung von Preistreibern im Verkehr mit Wein hat die württembergische Regierung bestimmt, daß von Mitte März ab in Württemberg Weine bis auf weiteres nicht mehr versteigert werden dürfen.

Königliche Oberförsterei Rudesheim.

Mittwoch, den 13. März 1918, von vormittags 10 Uhr ab werden in der Gastwirtschaft von Kötz (Felsenkeller) in Rudesheim öffentlich meistbietend versteigert:

- 10 Aumtr. Eichen Scheit und Knüppel
- 358 Aumtr. Eichen Reiser 1. Klasse
- 49 Aumtr. Buchen Scheit und Knüppel
- 110 Aumtr. Buchen Reiser 1. Klasse
- 60 Aumtr. Auh. Laubholz Reiser 1. Klasse
- 17 Aumtr. Nadelholz Scheit und Knüppel
- 41 Aumtr. Nadelholz Reiser 1. Klasse

Das Holz lagert auf dem Niederwald.

Bekanntmachung.

Der 1. Kriegslerngang über Gemüsebau findet in der Zeit vom 18. bis 20. März 1918 an der Königl. Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim a. Rh. statt.

Männer und Frauen können daran unentgeltlich teilnehmen. Anmeldungen sind unter Angabe des Vor- und Zunamens, Standes, Wohnortes sowie der Staatsangehörigkeit baldmöglichst an die Direktion der Königl. Lehranstalt zu Geisenheim a. Rh. einzureichen.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch härtestes Trommelfeuer die Meldungen, aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedal-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachbreffuren in Hundeschulen ausgebildet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderrassen ergeht daher nochmals die bringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegshunde-Schule und Meldehundschulen sind zu richten: an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin W, Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

Zahn-Atelier

Rudesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10—12 und 2—5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 280.

Rasche, Dentist.

Naturweinversteigerung in Rudesheim a.

Samstag, den 6. April 1918, nachmittags 2 Uhr

Hermann Veith Wwe.

Weingutsbesitzer in Rudesheim a. Rh.,
im Saale der Rheinhalle (gegenüber dem Bahnhofe)

22 Halbstück Naturweine eignen Wachstum
der Jahrgänge 1909, 1912, 1914, 1915, 1916 und 1917
aus guten und besten Lagen versteigern.

Probetage in meinem Hause, Markt 6, am Donnerstag, März und Dienstag den 2. April sowie am Versteigerungstage von 10 Uhr ab im Versteigerungsfokal.

Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallen

Aufruf!

Unser Vaterland hat einen gewaltigen Krieg gegen eine Welt von Feinden zu bestehen. Millionen deutscher Männer bieten ihre Brüste den Feinden dar. Viele von ihnen werden nicht zurückkehren. Unsere Aufgabe ist es, für die Hinterbliebenen der Tapferen zu sorgen. Aufgabe Reiches ist es zwar hier in erster Linie zu helfen, aber diese Hilfe ergänzt werden durch freie Liebesgaben, als Dankopfer von der Heimat unserer Volksgenossen den Helden dargebracht, die in der Verteidigung des Deutschen Vaterlandes zum Schutze unser Aller ihr Leben gegeben haben.

Deutsche Männer, Deutsche Frauen gebt! Gebt schon!
Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Es werden auch Staatspapiere und Obligationen entgegen genommen.

Jahres- oder Monatsbeiträge erbeten.

Das Ehrenpräsidium:

Dr. von Bethmann-Hollweg

Dr. Delbrück

Staatsminister, Staatssekretär des Innern

Vizepräsident des Staatsministeriums

Das Präsidium:

von Roebell Graf v. Lerchenfeld-Röfering

von Kessel

Staatsminister und Königl. Bayerischer Gesandter

Generaloberst

Minister d. Innern.

Oberbefehlsh. d. d. Rheinl.

Freiherr v. Spitzemberg

Selberg

Kabinettsrat

Kommerzienrat

Ihrer Majestät der Kaiserin.

geschäftsf. Vizepräsident.

Schneider

Herrmann, Kommerzienrat

Geheimer Oberregierungsrat

Direktor

vortragender Rat im Ministerium des Innern,

der Deutschen Reichsregierung

als Staatskommissar.

Schatzmeister

Eich, Kommerzienrat, Generaldirektor der Mannesmannröhren-Fabrik



Küchenstreifen - Schrankpapier

Garten- und Butterbrodpapier

empfiehlt

M. Meier, Kirchstraße, Rudesheim